

# AL Info<sup>1</sup> / 20

3 Im Gespräch mit Susanne Fankhauser, AL-Richterin am Sozialversicherungsgericht Kanton Zürich.

4 AL-Gemeinderat Andreas Kirstein über den Zusammenhang von Sozial- und Gebührenpolitik.

6 Wechsel im Winterthurer Gemeinderat: Roman Hugentobler übernimmt den AL-Sitz von David Berger.

AZB  
CH-8004 Zürich  
Post CH AG

## Kündigungs-Initiative NEIN

**Am 17. Mai stimmen wir über die SVP-Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» ab. Trotz des anhaltenden Formtiefs der Partei sollte man die Abstimmung nicht unterschätzen. Die Initiative muss wuchtig abgelehnt werden.**

Die «Begrenzungsinitiative» ist eine Art Durchsetzungsinitiative zur 2014 äusserst knapp angenommenen Einwanderungs-Initiative. Und eine Mogelpackung. Mit dem Versprechen der «Begrenzung» will uns die SVP gleich einen doppelten Etikettenschwindel verkaufen.

Erstens geht es nicht um eine allgemeine Begrenzung der Zuwanderung, sondern ganz konkret um die Kündigung des bilateralen Freizügigkeitsabkommens mit der EU von 1999 (FZA): Innert zwölf Monaten nach Annahme der Initiative soll auf dem Verhandlungsweg eine Ausserkraftsetzung des FZA erreicht werden, ansonsten muss der Bundesrat dieses einseitig kündigen. Über die Guillotine-Klausel fallen damit auch die übrigen Abkommen der Bilateralen I von 1999 dahin, etwa in wichtigen Bereichen wie Forschung und Bildung.

### **Blocher: Arbeitsmigration nach dem Gusto der Wirtschaft**

Zweitens legt die Initiative gar keine konkrete Begrenzung fest. Sie fordert lediglich: «Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.» Wie das zu verstehen ist, hat Christoph Blocher in der NZZ am Sonntag (23. Februar 2020) erläutert. Auf die Frage, auf welchem Niveau er die Zuwanderung limitieren wolle, erklärte er: «Das kann man nicht generell festlegen. Die Zuwanderung soll sich jährlich nach

den Bedürfnissen der Wirtschaft richten. Deshalb braucht es variable Kontingente.»

### **Hart erkämpfte Schutzmassnahmen ...**

Die Bilateralen haben für die Arbeitnehmenden spürbare Verbesserungen gebracht. Das unmenschliche Saisonierstatut ist gefallen, der Familiennachzug gewährleistet. Dank den Flankierenden Massnahmen werden Löhne und Arbeitsbedingungen systematisch kontrolliert. Dumpingfirmen werden gebüsst und müssen geschuldete Löhne nachzahlen. In Branchen mit Lohndruck können Bund und Kantone Mindestlöhne einführen. Allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge verbessern den Schutz zusätzlich.

### **... sollen liquidiert werden**

Das Blocher-Programm will diese hart erkämpften Regulierungen des Arbeitsmarktes über Bord kippen. Statt Gesamtarbeitsverträgen und Lohnkontrollen soll wieder eine gnadenlose Konkurrenz aller gegen alle Einzug halten. Das Motto heisst: Arbeitskräfte – mit und ohne Pass - ja, Menschen mit sozialen Rechten nein! Die SVP hat sich im Parlament denn auch stets gegen wirksame flankierende Massnahmen gestemmt: gegen ein Entsendegesetz, gegen griffige Kontrollen, gegen den vereinfachten Erlass von Normalarbeitsverträgen.

### **Das Doppelspiel der SVP**

Während der Beratung der flankierenden Massnahmen im Dezember 2004 hat Jo Lang das Doppelspiel der SVP treffend charakterisiert: «Einerseits warnt die SVP vor Lohndruck und bekämpft die Personenfreizügigkeit, indem sie die Angst

vor Lohndumping schürt. Andererseits aber lehnt die SVP alle Massnahmen ab, die den Leuten mehr sozialen Schutz, unter anderem vor Lohndumping, bieten. Wer meint, die SVP befinde sich damit mit sich selber im Widerspruch, wird der SVP-Logik nicht gerecht. Die kleinen Leute, insbesondere die Tieflohnbezüglerinnen und -bezügler, lassen sich leichter in die nationalistische Falle locken, wenn ihre soziale und berufliche Situation prekär ist. Andersherum gilt: Je stärker das soziale Angebot ist, desto geringer ist die Nachfrage nach dem nationalistischen Angebot der Abschottung.»

### **Kein Rahmenabkommen ohne Schutz der Arbeitnehmer\*innen**

Mit einem klaren Nein am 17. Mai ist es nicht getan. Gleich danach wird die Diskussion über das mit der EU bereits ausgehandelte Institutionelle Rahmenabkommen (InstA) neu aufflammen. Hier gilt es erneut, mit aller Kraft die flankierenden Schutzmassnahmen für Arbeitnehmer\*innen zu verteidigen. Dabei geht es beileibe nicht nur – wie uns Wirtschaftsliberale und Öffnungseuphoriker\*innen von glp und Operation Libero weismachen wollen – um ein kleines Feilschen um Voranmeldefristen bei der Entsendung von Arbeitnehmer\*innen. Solange es die EU nicht schafft, soziale Leitplanken für den Binnenmarkt zu formulieren und auch durchzusetzen, geht es für die Linke zentral darum, ob die Schweiz die Durchsetzung des Grundsatzes «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» und die dafür nötigen Kontrollmassnahmen weiterhin eigenständig formulieren und bestimmen kann.

**Niklaus Scherr**

## Parolen

Abstimmung vom 17. Mai 2020

### BUND:

«Begrenzungsinitiative» **NEIN**

Jagdgesetz **NEIN**

Erhöhung steuerl. Kinderabzug **NEIN**

### KANTON ZÜRICH:

Zusatzleistungsgesetz **JA**

Unterhalt Gemeindestrassen **JA**

### STADT ZÜRICH:

Gestaltungsplan Hardturmareal **NEIN**

«Sichere Velorouten Zürich» **JA**

## Termine

### Donnerstag, 26. März 2020:

#Gewaltimnetz: Strategien gegen das Schweigen. Fachreferat mit Jolanda Spiess-Hegglin, Moderiert von Rahel El-Maawi. Kalkbreite, Flex1, 18.30 Uhr.

**Dienstag, 31. März 2020:** Vollversammlung der AL Zürich. Gemeinschaftsraum Hellmi, 19 Uhr.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

## Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

**Sekretariat** Marco Toscano, Nadim Chammas, Molkenstr. 21, 8004 Zürich, [sekretariat@al-zh.ch](mailto:sekretariat@al-zh.ch), Tel. 044 242 19 45

**Erscheint** 4 bis 6 mal jährlich

**Auflage/Druck** 2000 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

**Layout** Marco Toscano, Nadim Chammas

**Redaktion** Niklaus Scherr, Andrea Leitner, Dayana Mordasini, Elvira Wieggers, Marco Toscano, Nadim Chammas, Rosa Maino

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

# Zahlbare Wohnungen: Kampf geht weiter

**Für ein Volksbegehren, das nur von den linksgrünen Parteien und dem Gewerkschaftsbund unterstützt wurde, hat die Mieter\_innenverbands-Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» am 9. Februar mit 42.9% Ja-Stimmen ein respektables Ergebnis erzielt.**

Die Abstimmungsgeographie folgt einem seit Jahrzehnten zu beobachtenden Muster bei Mietervorlagen: Ja in der Romandie (GE, NE, VD, JU) und in Baselstadt, hohe Ja-Stimmenanteile im Tessin (44.6% Ja), in Freiburg (46.9%) und den Deutschschweizer Kantonen ZH (46.5%), SH (45.7%), BE (41.7%) und BL (41.4%), deutliches Nein in den übrigen Landesteilen. Aufgrund der hohen Wohneigentumsquote in den Landkantonen hat noch nie eine Mieterinitiative das Ständemehr erreicht, weder die 1955 vom Volk knapp angenommene Initiative «zum Schutz der Mieter und Konsumenten» (6 zustimmende Kantone) noch die 1970 knapp verworfene Initiative für das «Recht auf Wohnung» (8 zustimmende Kantone).

Trotzdem: Mit 46.5% Ja-Stimmen ist das Ergebnis im Kanton Zürich unbefriedigend ausgefallen. Zwar weisen die Agglomerationsgemeinden rund um Zürich Ja-Anteile von knapp unter 50 Prozent aus, angenommen wurde die Initiative jedoch nur in den Städten Zürich (62.9%) und Winterthur (55.9%). Das ist ein deutlicher

Rückschlag gegenüber den 58.4% Ja im September 2014 für eine kantonale Vorlage mit ähnlicher Stossrichtung («Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum»).

Der Unterschied erklärt sich mit zwei Faktoren. Einerseits fehlte es an einem Mitte-Links-Bündnis unter Einbezug von GLP, CVP und EVP. Andererseits verlaufen eidgenössische Abstimmungen in der Regel polarisierter und folgen stärker dem Links-Rechts-Schema. Das zeigt anschaulich das Ergebnis in Adliswil. Dort stimmten am gleichen Tag 2085 Personen für die Mieter\_innenverbands-Initiative und 2092 für eine kommunale Initiative von SP und Grünen für eine aktive Wohnpolitik und gegen Landverkäufe durch die Gemeinde. Die lokale Initiative kam durch, weil sich nur 1941 Stimmende dagegen aussprachen, die MV-Initiative wurde dagegen abgelehnt, weil 2233 Nein stimmten.

Die Gegner haben uns heuchlerisch empfohlen, statt Vorgaben auf Bundesebene zu fordern, doch besser konkrete Lösungen auf kantonaler und kommunaler Ebene vorzuschlagen – wohl wissend, dass sie diese dann ebenso erbittert bekämpfen werden. Wir nehmen sie beim Wort. Das nächste wohnpolitische Rendezvous ist am 17. Mai in Kloten, wo über einen Mindestanteil an gemeinnützigen Wohnungen abgestimmt wird.

**Niklaus Scherr**



So sehen Sieger\*innen aus: Der Abstimmungserfolg gegen den Rosengartentunnel war eine verdiente Überraschung.

# Richterin Susanne Fankhauser im Gespräch

**Seit letztem Herbst bis Du Richterin am kantonalen Sozialversicherungsgericht für die AL. Wie hast Du Dich bis jetzt zu recht gefunden?**

Ich bin sehr wohlwollend aufgenommen worden und finde es spannend zu sehen, wie unterschiedlich die Kulturen und Abläufe an den verschiedenen Gerichten sein können. Da ich bisher als Gerichtsschreiberin am Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen tätig war, muss ich mich mit vielen Gepflogenheiten erst vertraut machen. Als Externe darf ich dann aber auch Selbstverständliches befragen. Was mich besonders beeindruckt hat, ist die gute Qualität, die die Gerichtsschreiber\*innen am Zürcher Gericht trotz hohem Erledigungsdruck leisten.

**Wie bist Du zur Rechtsprechung gekommen und wie prägt die Tatsache, dass Juristin nicht Dein erster Bildungsweg war, Deine Arbeit?**

Ich habe Jus erst auf dem dritten Bildungsweg studiert. Eingestiegen in meine Berufslaufbahn war ich als Psychiatrieschwester, wie das damals noch genannt wurde, und habe dann als Sozialarbeiterin gearbeitet. In meinen 20 Jahren im Gesundheits- und Sozialbereich war ich immer wieder mit juristischen Fragen konfrontiert. Ich verfügte in diesem Rahmen stets über gewisse Antworten auf gewisse Fragen, das Wissen ums Warum hat mir aber oft gefehlt. So wagte ich mit 40 nochmals den Sprung ins kalte Wasser und begann mein Jusstudium in Freiburg.

Nach dem Studium ging es um die Frage meiner Identität als Juristin und ich habe mich bewusst gegen Anwaltsprüfung und Advokatur und für eine Dissertation entschieden. Ich wollte mich in ein juristisches Thema vertiefen und begann eine Assistenz an der Uni Zürich. Als ich dann die Stelle am Bundesverwaltungsgericht erhielt, ist mir offenbar mein beruflicher Hintergrund zugute gekommen, weil beispielsweise die Spitalfinanzierung dort immer wieder ein Thema war.

**Könnte man sagen, Du bist Juristin geworden, weil Du es genauer wissen wolltest?**

Ja. Und natürlich wollte ich meinen beruflichen Hintergrund mitnehmen. Es ist aber auch wichtig, dass ich lernen musste, die juristische Perspektive einzunehmen. Dieser Rollenwechsel, die



Veränderung der Denkoptik, hat mich interessiert, als ich zur Sachverhaltsabklärung in der Invalidenversicherung und dem Invaliditätsbegriff gearbeitet habe. Dass beispielsweise Mediziner\*innen und Jurist\*innen je einen anderen Blick auf den gleichen Sachverhalt haben, war damals auch Thema an Tagungen.

Ich bringe ein Verständnis dafür mit, dass Mediziner\*innen und Jurist\*innen nicht dieselbe Sprache sprechen, genauso wie ich aus eigener Erfahrung weiss, wie sich eine Sozialarbeiterin fühlt, wenn nicht einsichtig ist, dass eine betreute Person keine IV-Rente erhält. Weil ich beide Seiten kenne, werde ich nun nicht einfach einen anderen Entscheid fällen. Die Rechtsprechung wird klarerweise vom Bundesgericht vorgegeben. Ich möchte aber sagen: die Haltung, mit der ich als Richterin an einen Fall herangehe, kann einen entscheidenden Unterschied bedeuten, auch wenn der Entscheid vielleicht dann genau gleich herauskommt. Die Wertschätzung, die ich der vom Entscheid betroffenen Person entgegenbringen kann, ist mir wichtig – auch wenn die Person das vielleicht nicht spüren wird.

**Und wie lange kennst Du die AL schon?**

Ich kenne die AL aus ihren Anfängen, noch bevor sie ein Verein war. Ich war bei Züri 1990 mit dabei und dann im Kreis 3 auf der Quartierliste 3 für die Gemeinderatswahlen. Zu Anfang Studium habe ich dann mein Engagement dort genauso reduziert wie die gewerkschaftliche Arbeit für den VPOD, wo ich in der Frauenkommission tätig war. Nach Versuchen bei SP und Grünen hat sich der Kreis nun wieder geschlossen, und ich denke, dass ich in der AL jetzt am richtigen Ort bin.

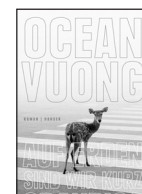
**Interview: Marco Toscano**

## AL-Buchtipp



**Priscilla Leuenberger empfiehlt: Lukas Bärfuss, Hagard. Orell Füssli, 2017**

Bärfuss provoziert nicht nur politisch, sondern erregt auch mit seinen literarischen Werken Aufsehen. Seit der Georg-Büchner-Preis 2019 an ihn verliehen wurde, wird er mit den bedeutendsten Schweizer Schriftstellern wie Dürrenmatt oder Frisch verglichen. Sein neuester Roman handelt von einem Immobilienhändler, der plötzlich einer Obsession verfällt und das Objekt seiner Begierde zu verfolgen beginnt. Der Geschäftsmann verwandelt sich in einen unheimlichen Jäger. Seine Obsession befällt schliesslich auch den Erzähler und wird so an die Lesenden weitergetragen und durch das stilistische Mittel der Zeitdehnung verstärkt. Die Jagd auf den Jäger und dessen Jagd wird damit nicht nur durch die Handlung verkörpert, sondern auch durch die Erzählsprache. Der schleichende Untergang des Protagonisten und die damit einhergehende leise Kritik an unserer gesellschaftlichen Ordnung regen zum Nachdenken an.



**Isabel Maiorano empfiehlt: Ocean Vuong, Auf Erden sind wir kurz grandios. Hanser 2019**

Für meine Mutter. So beginnt der Brief, den Little Dog an seine durch den Vietnamkrieg traumatisierte Mutter schreibt. Ein Brief, den sie als Analphabetin nie lesen wird. Little Dog wird von seiner Familie so genannt, damit ihn die bösen Geister verschonen. Ihn, den Kleinen und Schwachen, der nicht auffallen darf. Little Dog beschreibt seine Kindheit als queerer, vietnamesischer Aussenseiter, der mit seiner gewalttätigen Mutter und schizophrenen Grossmutter in Armut in Connecticut aufwächst. Er erzählt von seiner hingebungsvollen, zärtlichen und rohen Liebe zum opiumabhängigen Erntehelfer Trevor, dem Vertreter eines weissen, rassistischen und maskulinen Vorstadtamerikas. Auf der Suche nach seiner Identität beschreibt Ocean Vuong, der als Zweijähriger aus Saigon nach Amerika immigriert ist, eindringlich die Ausweglosigkeit aus Kategorien wie Klasse, Sexualität oder Herkunft und den Weg zur Selbstermächtigung.



# Gebühren: AL bleibt am Ball

**Unter hoher medialer Aufmerksamkeit von NZZ und TeleZüri habe ich gemeinsam mit FDP-Gemeinderat und Hauseigentümerverbands-Direktor Albert Leiser eine Motion zur Senkung der Grundgebühr der städtischen Wasserversorgung eingereicht. Die Chancen für die Überweisung und damit einen verbindlichen Auftrag an den Stadtrat stehen gut. Der Vorstoss reiht sich ein in den langen Kampf der AL um gerechte Gebühren, der mit den ersten Motionen von Niggli Scherr zu den Abfall- und Abwassertarifen in den Nullerjahren begonnen hat.**

Der Streit um die Stadtzürcher Wassergebühren zeigt alle Merkmale der vergangenen Kämpfe. Diese sind im CH-Vergleich sehr hoch und wurden vom Preisüberwacher bereits einmal gerügt. Das Kässeli der Spezialfinanzierung der Wasserversorgung ist mit 141 Mio Franken prall gefüllt und nimmt trotz gegenteiliger Beteuerungen des Stadtrates ständig zu. Zudem ist die Tarifstruktur mit einem Anteil der Grundgebühr von 48% unweckmässig und wenig verursachergerecht ausgestaltet. Das hat der Stadtrat erkannt und erarbeitet zurzeit ein neues Gebührenmodell. All diese Merkmale fanden wir bereits bei den Abwasser- und Abfallgebühren vor.

## Gebühren! Welche Gebühren?

Es gibt eine ganze Reihe von Gebühren, die man wie folgt unterscheiden kann: Verwaltungs- und Kontrollgebühren (Bsp. Baubewilligung), Werkgebühren (Bsp. Wasserversorgung), Grundbuchgebühren (z.B. Notariat) und Parkgebühren. Die Grundbuchgebühr ist eine «Gemengsteuer», eine Mischung aus Steuer und Gebühr, da sie linear an den Kaufpreis gekoppelt ist. Bei allen Gebährentypen kommen verschiedene Prinzipien zur Anwendung. Deren Missachtung durch den Stadtrat von Zürich ist notorisch und wird immer wieder von der AL kritisiert. Die wichtigsten Prinzipien sind:

- Angemessenes Verhältnis zwischen Leistung und Höhe der Gebühr (Äquivalenzprinzip)
- Deckung der Kosten inkl. Beitrag an längerfristige Infrastrukturen – aber keine Sparkässeli! (Kostendeckungsprinzip)
- Generationengerechtigkeit bei gebührenfinanzierten Infrastrukturen: Die Einnahmen von heute sollen nicht die gesamte Nutzungsdauer vorfinanzieren!

Neben der Einhaltung dieser Prinzipien ist für uns auch immer wieder strittig,



Grundpfeiler der Zürcher Wasserversorgung: Reservoir und Angestellte der Stadt Zürich.

was überhaupt gebührenpflichtig ist und was Teil des unentgeltlichen Service Public bleibt, so z.B. Polizeieinsätze bei Fussballmatches oder das «Hotel Suff» (ZAB). Differenzpunkte zu unseren Grünen Freund\*innen haben wir hin und wieder bei der Frage nach der Lenkungswirkung von Gebühren, wie Roadpricing oder auch Sackgebühren, wo sich die erwünschte Lenkungswirkung manchmal mit der Tatsache beisst, dass sich die Reichen Umweltsünden dann eben leisten können und die Armen nicht.

## Gebührenpolitik ist Sozialpolitik

Der Kampf um tiefe Gebühren gehört zum klassischen Repertoire einer Linken, die sich auch als Anwältin der Kassiererin bei der Migros oder dem Kurier der Pizzakette versteht. Gebühren treffen alle gleich und sind in den wenigsten Fällen einkommensabhängig. Dies unterscheidet sie grundlegend von Steuern, die immer auch eine Umverteilungsfunktion haben. Die Einnahmen aus Gebühren der Stadt Zürich sind nota bene gesamthaft höher als die Einnahmen aus Steuern. In der Rechnung 2018 machen die sogenannten Entgelte über 3.1 Milliarden Franken aus, während der Steuerertrag bei 2.9 Mia. liegt. Die von der AL/FDP-Koalition durchgesetzten aktuellen Tarifiereduktionen bei Abfall (50% der Grundgebühr 2020-21) und Abwasser (Erlass Grundgebühr 2020-21) und die

geplante bei der Wasserversorgung (50% Grundgebühr) können sich sehen lassen: sie schlagen mit rund 57 Mio. Franken pro Jahr zu Buche. Das macht gut so viel aus wie die Steuerprozente, um die die SVP den Steuerfuss für 2020 senken wollte. Mit dem Unterschied, dass unsere Reduktion auch Menschen zugutekommt, die kaum oder wenig Steuern bezahlen.

Legendär sind die Kämpfe der westeuropäischen Linken um einen Gratis-ÖV; in anderen Teilen der Welt – aktuell gerade in Lateinamerika – werden die Kämpfe um Abfall- und Wassergebühren oft militant auf der Strasse ausgetragen. Umso ironischer mutet hier die Koalition von AL und FDP an. Während wir mit fairen Gebühren den Service Public stärken wollen, möchte die FDP mit dem Ruf nach Wettbewerb zahlreiche staatliche Leistungen privatisieren. Weltanschaulich könnten wir also gerade in der Gebührenfrage nicht weiter auseinanderliegen, radikal-pragmatisch konvergieren hier aber die Interessen von Hauseigentümer\*innen und Mieter\*innen in exemplarischer Weise. Beide wollen möglichst tiefe Nebenkosten und dass diese auch an die Mieter\*innen weitergegeben werden, verbürgt eine Abmachung mit dem HEV und der Stadt Zürich als weiterem grossen Vermieter der Stadt Zürich.

**Andreas Kirstein, AL-Gemeinderat  
Mitglied Spezialkommission TED/DIB**

# Wachstum mit Augenmass

**Vor drei Jahren verabschiedete der Gemeinderat die Revision der Bau- und Zonenordnung. Damals kritisierte die AL vehement, dass der Revision kein Kommunalrichtplan zugrunde lag. Ein Plan, der vorgängig festgelegt hätte, wo die Stadt die bis 2040 prognostizierten 100 000 Zuzüger\*innen und die zusätzlichen Arbeitsplätze unterbringen will. Wo die notwendige Infrastruktur (Schulen etc.) bereitgestellt wird – eine zehn Jahre alte Forderung der AL. Und überhaupt: Wie dieser Verdichtungsprozess sozial- und klimaverträglich und planerisch koordiniert vorstattengehen soll.**

Heute diskutieren wir in einer Gemeinderatskommission über eine Neufassung des Kommunalrichtplans. Viel zu spät und mitten im Bauboom. In den nächsten acht Jahren sollen über 22 000 Wohnungen realisiert werden. Die mittlere Prognose rechnet für 2035 mit 502 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und einem Bevölkerungswachstum in allen Quartieren.

## Soziale Auswirkungen unterschätzt

Im jetzt vorliegenden Richtplan unterschätzt der Stadtrat die negativen sozialen Auswirkungen der geplanten Verdichtung massiv. In seiner einseitig fokussierten Güterabwägung kommt der Schutz der bisherigen Bewohnerschaft viel zu kurz. Die Stadtzürcher Wohnbautätigkeit wird immer stärker durch den Ersatzneubau geprägt. Bei gut zwei Drittel aller Neubauwohnungen wurden vorgängig andere Wohngebäude oder ganze Siedlungen

abgebrochen. Zudem wurden 2019 knapp 3000 Wohnungen umgebaut, mehrheitlich nach Leerkündigungen. Zählen wir die umgebauten und leergekündigten und die durch Ersatzbau entstandenen Wohnungen zusammen, kommen wir auf rund 2000 Wohnungen, bei denen letztes Jahr die Bewohnerinnen und Bewohner „ausgetauscht“ wurden. Studien zeigen, dass in Ersatzneubauten besser Ausgebildete und besser Verdienende bildungs- und einkommensschwächere Personen verdrängen. Mit 49 Prozent weist heute rund die Hälfte der Stadtzürcher\*innen einen hohen sozialen Status aus. 27 Prozent haben einen mittleren, 24 Prozent einen tiefen sozialen Status. Dieses Verhältnis hat sich seit 2001/2003 markant verändert: Damals hatte je rund ein Drittel einen hohen, mittleren oder tiefen sozialen Status. Der Anteil mit hohem sozialen Status hat damit um rund die Hälfte zugenommen. Die Umschichtung ist bereits voll im Gange. Trotzdem will der Stadtrat die Situation weiterhin bloss mit einem passiven «sozialräumlichen Monitoring» beobachten. Das genügt nicht!

## Politik muss Leitplanken setzen

Wir müssen mit gezielten Massnahmen – Mindestanteilen preisgünstiger Wohnungen bei Privaten, Mindestanteilen subventionierter Wohnungen bei Genossenschaften – Gegensteuer geben. Zudem fordern wir einen politisch und sozial aktiv gestalteten Entwicklungsprozess in Etappen. Um den

Schutz vor sozialer Verdrängung und Spekulation und ein Angebot von zahlbaren Ersatzwohnungen zu gewährleisten, sollen auch eine Gestaltungsplanpflicht und Instrumente zum Einsatz kommen, wie sie die Vorschriften zur Gebietssanierung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG § 186 ff.) vorsehen.

**Christina Schiller, AL-Gemeinderätin**

## Referendum gegen Gestaltungsplan Thurgauerstrasse

Einstimmig hat die Vollversammlung der AL beschlossen, das von der IG-Grubenacker initiierte Referendum gegen den Gestaltungsplan Thurgauerstrasse in Zürich Seebach aktiv zu unterstützen.

Nein, wir wollen nicht Wohnraum für 2000 Menschen verhindern. Und wir sind auch nicht einfach Schisshasen, die Angst vor dem Neuen, vor Veränderung haben, wie SP-Kreise unterstellen. Und nein: Die AL wechselt auch nicht die Seite und kämpft mit einer Gruppe eigennütziger Eigenheimbesitzer\*innen gegen günstige Mieten.

Ganz im Gegenteil: Wir denken weiter als Stadtrat und Verwaltung, und das zusammen mit engagierten Anwohner\*innen. Wir wollen eine Bebauung des städtischen Areals, die mehr ist als die technokratische Umsetzung eines quantitativen Verdichtungsziels. Weil wir überzeugt sind, dass kluges Verdichten die Wohnqualität aller steigert. Das geht aber nur, wenn der Planungsperimeter auf das bereits bestehende Quartier ausgedehnt wird.

Lebens- und Wohnqualität lassen sich nicht einfach aus dem Boden stampfen. Darum muss bereits Bestehendes genutzt werden, z. B. die Expertise der heute Ansässigen, die am besten wissen, was ein Quartier lebenswert macht. Zudem hat die Stadt es unterlassen, die wichtigsten Player für die Gestaltung des Areals, nämlich die Baugenossenschaften, von Anfang an miteinzubeziehen. Wetten, der Gestaltungsplan wäre heute ein anderer, hätte die Stadt sich an diese drei Punkte gehalten?

**Andrea Leitner, AL-Gemeinderätin**



Wichtiges politisches Planungsinstrument: der Kommunale Richtplan für die Stadt Zürich.



## Wechsel im Grossen Gemeinderat



Nach meiner ersten Wortmeldung im Gemeinderat wurde mir von einigen Ratsmitgliedern gesagt, dass David einen würdigen Nachfolger gefunden

habe. Das macht mich sehr zuversichtlich, trete ich doch in grosse Fussstapfen. Ich danke David für das stabile Fundament, auf dem ich nun aufbauen darf. Mit mir soll die AL auch weiter unbequem bleiben und an Einfluss gewinnen. Politisch sozialisiert in der autonomen Bewegung, will ich einen Hauch Anarchismus in den Gemeinderat bringen. Das heisst Selbstbestimmung und Solidarität. Erste Möglichkeiten dazu werde ich in der Spezialkommission zur Totalrevision der Gemeindeordnung haben. Weiter möchte ich das ausserparlamentarische Netzwerk ausbauen und mit der Hilfe von Initiativen die Öffentlichkeit auf unsere politischen Themen aufmerksam machen.

Roman Hugentobler, AL Winti



Zeit zu gehen! Nach über 14 Jahren nehme ich meinen Hut und verlasse den Gemeinderat. Ich möchte mich bei allen bedanken, die mich in dieser

Zeit unterstützt haben. Sei es privat oder im Amt – euer Support war wichtig. Die Frage, die sich am Ende einer «Karriere» stellt, ist ja oft: hat es was gebracht? Für mich persönlich kann ich sagen: jawohl! Nicht nur persönlich, sondern auch politisch. Daher hier meine Highlights, bei denen ich Teil sein durfte: Starke Einschränkung des Landverkaufs durch die Stadt, Abschaffung der Einbürgerungskommission, die gewonnen Referenden «Verkauf Zeughauswiese» und vor allem «Streichung AHV/IV-Zulagen». Und viele weitere kleine Dinge, in Gesprächen, in Kommissionen und Fraktionen. Und natürlich auch viele Fehlentscheide. Fazit? Mischt euch ein, seid aktiv, wer es nicht versucht, weiss nicht, ob es möglich ist. Politik ist kein Dienstleistungsbetrieb, Politik seid IHR! Ich wünsche meinem Nachfolger Roman nur das Beste und viel Energie!

David Berger, AL Winti

# Aufbruch dank junger Frauen

Ich bin seit fünf Jahren Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) im Kantonsrat. Nach den ersten vier Jahren als Mitglied der KBIK ist meine Analyse niederschmetternd: in Sachen externer Kinderbetreuung ist der Kanton Zürich sehr rückständig. Kinderbetreuung gilt nach wie vor als private Angelegenheit und soll auch vollumfänglich von den Eltern bezahlt werden. Mit Qualitätsvorgaben an Kinderbetreuungseinrichtungen tut man sich schwer. Erstens hat der Kanton keinen Überblick über die Angebote in den Gemeinden, zweitens will er es auch nicht wissen - schliesslich ist es eine Gemeindeangelegenheit - und drittens soll es der «Markt» richten. Ich musste feststellen, dass für eine Mehrheit des Kantonsrates Kinderbetreuung eher ein Businessmodell als ein Teil des kantonalen Bildungssystems ist.

## Vereinbarkeit von Beruf und Familie umsetzen

Seit Frühling 2019 hat sich einiges verändert. So wurden viele junge, gut ausgebildete Frauen in den Kantonsrat gewählt. Sie wollen sich das mantramässig heruntergebetete Lippenbekenntnis «Vereinbarung von Beruf und Familie» nicht mehr länger anhören. Gefordert wird eine konkrete Umsetzung: bezahlbare externe Kinderbetreuung, die keine Abstriche bei der Qualität und an den Löhnen macht. Bezeichnend ist, dass die neue Links-Grün-Mitte-Allianz (AL, Grüne, SP, GLP und EVP) mit einer Mehrheit im Kantonsrat dieses alte Anliegen gleich als erstes aufgegriffen und im Herbst 2019 ein Vorstosspaket eingereicht hat.

## Kanton in die Pflicht nehmen

Das Links-Grün-Mitte-Paket umfasst drei Motionen: Mitfinanzierung der externen Kinderbetreuungskosten durch den Kanton (bis anhin bezahlt er nichts), Betreuungsgutscheine und Abzug der tatsächlichen Kinder-Betreuungskosten bei den Steuern. Dieses Paket kostet den Kanton richtig viel Geld. Allein schon die Mitfinanzierung der externen Kinderbetreuung mit einem Anteil von 20 Prozent kostet den Kanton 100 bis 110 Millionen Franken. Wie viel die Betreuungsgutscheine den Kanton kosten werden, ist noch auszuhandeln. Dass auch der Steuerabzug der tatsächlichen Kinderbetreuungskosten (die Kosten für Nannys sind explizit ausgeschlossen) einschenken wird, ist klar. Ziel dieser Vorstösse ist es, einerseits die Eltern zu entlasten, andererseits dem Kanton deutlich zu machen, dass Kinderbetreuung im Vorschulalter nicht weiter eine private

Angelegenheit, sondern eine staatliche Aufgabe ist. Es ist dem Kanton unbenommen, auch die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen, wie das die AL mit ihrer, leider gescheiterten, Kinderbetreuungsinitiative («Bezahlbare Kinderbetreuung für alle») 2016 gefordert hat.

Neben diesen drei Motionen gibt es auch eine Links-Grün-Mitte-Mehrheit zu weiteren Vorstössen, die damit Teil des Pakets «Vereinbarkeit von Beruf und Familie» sind: Pilot-Tagesschulen auch ausserhalb der Stadt Zürich, 100%-Stellen auch für Kindergartenlehrpersonen sowie Erarbeitung von Grundlagen und einer Strategie für eine Politik der frühen Kindheit.

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin

## 20 Millionen für mehr Kita-Qualität

(Red.) Mit dem «Globegarden»-Report hat die Republik die Diskussion über Qualität, Finanzierung und Arbeitsbedingungen in Kitas neu lanciert. Die Stadt vergibt Leistungsaufträge und subventioniert mit einkommensabhängigen Elternbeiträgen 40% der Betreuungstage. Gleichzeitig reguliert sie den Preis eines Kita-Tages, zurzeit mit 120 Franken pro Kind. Eine Zwickmühle: die Kitas bekommen zu wenig für gute Qualität, für selbstzahlende Eltern ist mit 120 Franken die Schmerzgrenze erreicht. Darauf gibt die Politik paradoxe Antworten. FDP und GLP wollen die Kosten drücken - und nehmen Qualitätseinbussen und verschärfte Ausbeutung des Personals in Kauf. SP und Grüne fordern höhere Mindeststandards für beitragsberechtigte Kitas und eine Erhöhung der einkommensabhängigen Beiträge - und nehmen steigende Kosten für selbstzahlende Eltern in Kauf. Die AL geht einen anderen Weg. Mit einer Motion fordert sie einen massiven Ausbau der heute nur schmürzellig gewährten Objektbeiträge. Die Kitas sollen in die Qualität investieren. In Aus- und Weiterbildung, in zusätzliches oder höher qualifiziertes Personal, in bessere Arbeitsbedingungen. 2018 betrug die Gesamtkosten für Kinderbetreuung 285 Mio Franken, 86.5 Mio davon zahlte die Stadt für Elternbeiträge. Dieser Betrag muss mit Objektbeiträgen auf über 100 Mio aufgestockt werden. Davon profitieren alle. Nur so kann sich an der Kita-Misere etwas ändern.

# Gibt es schlechte Blechpolizisten?



**Im Gegensatz zu Überwachungskameras haben wir in der AL kein Problem mit Geschwindigkeits- und Rotlichtblitzern. Dies ist auch logisch, denn diese reagieren situativ und es liegt eine**

**Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer vor. Was ist aber nun, wenn diese Blitzer auf Lärm reagieren?**

Mit dieser Frage mussten wir uns im Kantonsrat letztthin beschäftigen. Dass wir sogenannte Autoposer scheisse finden, sind wir uns alle einig. So hatte ich vor ein paar Wochen schon mit gewisser Schadenfreude mitgekriegt, wie ein solcher Motorauflieger abends von der Polizei angehalten wurde.

In der politischen Beurteilung waren wir uns in der Fraktion aber uneins: Rechtfertigt diese Störung die Installation einer neuen Art von Blitzern? Oder böse formuliert: Befürworten wir eine stärkere Überwachung von Autofahrern, deren Verhalten uns nervt?

Pro Lärmblitzer spricht vorderhand, dass es absolut keinen Grund gibt, seinen Motor auf der Strasse extra aufheulen zu lassen. Kein normaler Autofahrer würde „aus Versehen“ in einem Lärmblitzer hängen bleiben. Umso störender ist der Lärm hingegen für die Anwohner.

Auf der ablehnenden Seite muss man anführen, dass solche Lärmblitzer ohne sicherheitstechnische Notwendigkeit eine zusätzliche Überwachung etablieren. Bereits heute kann die Polizei im Rahmen ihrer normalen Arbeit solchen Autoposern beikommen und tut dies im Rahmen ihrer Arbeit auch. Auch fordern wir als AL beispielsweise ja auch keine „Handy-am-Ohr“-Blitzer.

Die Fraktion hat mit einfacher Mehrheit entschieden, solche Lärmblitzer abzulehnen.

*Der Verfasser hat am Ende entgegen seiner eigenen Meinung den Fraktionsentscheid im Kantonsrat vertreten. Vielleicht auch, weil er sich im Ausgang selbst nicht immer an alle Lärmgrenzwerte gehalten hat.*

**Manuel Sahli, AL-Kantonsrat aus Winterthur**

# Sichere Velorouten für Alle



**Nachdem der Stadtrat sich im letzten Moment für die Forderung der Velorouten-Initiative und gegen einen Gegenvorschlag aussprach, stimmte der Gemeinderat am 5.**

**Februar 2020 dessen Weisung deutlich zu. Damit kommt die Initiative am 17. Mai 2020 zur Abstimmung.**

Letztthin konnte ich auf unserer Quartierstrasse ein seltenes Ereignis beobachten: Im dichten Morgenverkehr fuhr ein ungefähr zehnjähriger Junge auf seinem Velo zur Schule. Ohne Eile war er auf dem Velostreifen unterwegs. Die Leute an der Bushaltestelle sahen sich verwundert um. Das Auto hinter dem Jungen getraute sich aufgrund der engen Platzverhältnisse nicht, den Buben zu überholen. Dahinter bildete sich eine lange Autokolonne.

Ein Junge fährt auf dem Velo zur Schule. Ungewöhnlich? Diese banale Freiheit muss Normalität werden! Familien, Kinder und betagte Menschen sollen auf Velos

durch Zürichs Strassen fahren können, ohne dabei ihr Leben zu riskieren. Zürich ist kein Parkhaus. Die Velorouten-Initiative fordert ein sicheres und durchgängiges Routennetz für den Veloverkehr. Wir unterstützen diese Initiative, indem wir uns konsequent für ihre Umsetzung einsetzen!

Zu lange wurde der öffentliche Raum in erster Linie für Autos optimiert. Doch weniger motorisierter Verkehr bedeutet immer eine Belebung des Raums durch Menschen, die miteinander in Kontakt treten. Der öffentliche Raum soll wieder ein Ort des Zusammenlebens werden. Darum ist jetzt die Zeit gekommen, den Platz neu zu verteilen. Dies wird zulasten des automobilen Pendel- und Freizeitverkehrs gehen, der den Raum heute unverhältnismässig dominiert und nicht zuletzt auch den Verkehrsfluss des öffentlichen Verkehrs auf den Strassen massiv behindert. Wir fordern und gestalten eine umweltverträgliche Verkehrspolitik, die den öffentlichen Verkehr sowie den Velo- und den Fussverkehr priorisiert.

**Olivia Romanelli, AL-Gemeinderätin**

# Unruhe bewahren

**8. Dezember:** AL-Gemeinderatsfraktion verurteilt in Erklärung Hetze und Gewalt gegen gewählte Politiker\*innen mit ausländischen Namen in der Ausübung ihres Amtes.

**13. Dezember:** Gemeinderat überweist Postulat von Ezgi Akyol (AL) und Luca Maggi (Grüne) für bessere berufliche Integration und selbständige Wohnmöglichkeiten für geflüchtete Jugendliche statt Unterbringung in Containersiedlungen.

**8. Januar:** Gemeinderat fordert Stadtrat ultimativ auf, innert einem Jahr eine Umsetzungsvorlage für eine Motion von Niklaus Scherr von 2009 (!) vorzulegen. Um die Zweckentfremdung von Wohnraum für Tourismuszwecke zu stoppen, sollen Zweitwohnungen und Hotelnutzungen nicht mehr an den Wohnanteil angerechnet werden.

**15. Januar:** Nach erfolgreichen Tarifsenkungen bei Abwasser und Abfall fordert AL-Fraktionschef Andreas Kirstein mit Alfred Leiser (FDP) in einer Motion eine Reduktion der Wassergebühren.

**22. Januar:** Um die Rechnung des Triemli zu entlasten, beschliesst Stadtrat eine Wertberichtigung von 176 Mio. Franken. Er erfüllt damit ein im Dezember 2018 überwiesenes Postulat der AL – die politische Aufsicht des Gemeinderats über die Stadtspitäler zeigt Wirkung!

**27. Januar:** AL-Kantonsrätin Melanie Berner stellt kritische Fragen zu Krippenaufsicht und Kontrollen durch das Arbeitsinspektorat und fordert Ergänzung der Krippenrichtlinien.

**29. Januar:** AL fordert mit Motion im Gemeinderat gezielte Objektbeiträge an Kinderkrippen für Qualitätsverbesserungen ohne Erhöhung der Elterntarife.

**29. Januar:** AL-Gemeinderatsfraktion sagt Nein zum verunglückten Gestaltungsplan Thurgauerstrasse zugunsten einer Alternativplanung und unterstützt das Referendum.

**9. Februar:** AL-Aktivist\*innen sammeln vor Abstimmungslokalen in Zürich, Winterthur und Bülach 1284 Unterschriften für AL-Initiative gegen Steuergeschenke an Grossaktionär\*innen.

# Finanzen

Damit wir Unruhe bewahren können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, PC 87– 63 811– 5 IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5



## Zielkonflikte, hausgemacht



«Die gewählte Rufnummer ist zurzeit nicht erreichbar, bitte versuchen Sie es später wieder.» Die zwei grossflächigen Ausfälle des Swisscom-

Festnetzes anfangs Jahr haben ein Schlaglicht auf den Grundversorgungsauftrag der Swisscom AG geworfen. Dazu zählen unter anderem die Ermöglichung von Telefongesprächen und der Zugang zu den Notrufdiensten. Neben diesem Service-public-Bereich hat sich die Swisscom zu einem breit aufgestellten IT-Unternehmen entwickelt, dessen Geschäftsfelder vom "Internet der Dinge" über Cloud-Dienste bis zur Blockchain-Technologie reichen. Der Bundesrat erwartet, dass der Unternehmenswert gesteigert und eine branchenübliche Rendite ausgewiesen werden. Bei solchen Vorgaben ist wenig überraschend, wenn die Swisscom auf die profitablen Geschäftsfelder fokussiert und dabei der Grundversorgungsauftrag in den Hintergrund rückt.

Ein ähnliches Muster deckten die Untersuchungen im Nachgang zum Subventionsbetrug der PostAuto Schweiz AG, einer Tochtergesellschaft der Schweizerischen Post AG, auf («Postauto-Skandal»). Auch die Post ist einem Zielkonflikt ausgesetzt: Einerseits darf sie im Bereich des subventionierten Verkehrs keinen Gewinn erzielen, andererseits werden von ihr durch die vom Bundesrat niedergeschriebenen Unternehmensziele eine Steigerung des Unternehmenswertes und branchenübliche Renditen gefordert.

Dies führt zur wesentlichen Frage, inwiefern sich die heutige Organisationsform der gewinnorientierten Aktiengesellschaft tatsächlich mit Service-public-Betrieben vereinbaren lässt. Kann man den Konflikt zwischen dem Streben nach Gewinn und der Förderung des Gemeinwohls auf elegante Weise und harmonisch lösen? Ist jederzeit das Gemeinwohl Richtschnur und nicht doch teilweise die Gewinnmaximierung? Die Erfüllung der staatlichen Aufgaben, seien diese auch unrentabel, muss für Swisscom und Post jedenfalls zentral sein, sonst drohen weitere ärgerliche Pannen und Zwischenfälle.

José Krause

# Wirtschaft und Feminismus

**Wie beeinflusst die Wirtschaft die Frauen und wie beeinflussen Frauen die Wirtschaft? Mit dieser Frage setzt sich die feministische Ökonomie auseinander. Mascha Madörin ist eine der Pionierinnen, sie forscht schon lange zur Wichtigkeit der unbezahlten Frauenarbeit und kämpft darum, diese sichtbar zu machen. Wesentliche wirtschaftliche Zusammenhänge könnten nicht verstanden werden, wenn die Unterschiede in den Arbeits- und Lebenssituationen von Frauen und Männern nicht einbezogen werden.**

Und diese Unterschiede sind gewaltig: Jährlich 110 Milliarden Franken weniger Einkommen, unbezahlte Arbeit im Wert von 248 Milliarden und 1 Milliarde Stunden für die direkte Kinderbetreuung.

„Das Zubereiten von Mahlzeiten“ – so Madörin – „ist die grösste Wirtschaftsbranche überhaupt“. Diese, in der herkömmlichen ökonomischen Tradition nicht beachtete „andere“ Wirtschaft kümmert sich um Pflege und Versorgung der Menschen. Die Arbeitszeit, die für diese unbezahlte Care-Ökonomie aufgewendet wird, taucht in den Wohlfahrts- und Wachstumstheorien nicht auf. Damit werden wesentliche wirtschaftliche Realitäten von Frauen, nämlich die Zeit- und Geldknappheit, ausgeblendet.

**Wie können wir dieses Wissen nutzen?** Zunächst müssen wir kollektiv begreifen, dass die Frage, wie wir leben wollen und wie die Gesellschaft die Care-Arbeit organisiert haben möchte, für die Frauen von zentraler Bedeutung ist. Und dass diese Frage keine Privatsache ist, weil sie einen Einfluss auf die gesellschaftlichen

Rahmenbedingungen hat, unter denen wir alle leben.

Kinderbetreuung und die Pflege von kranken und alten Menschen erfolgen unbezahlt oder schlecht entlohnt, sei es durch den Staat, durch die Wirtschaft oder durch Private, die sich die Vereinbarkeit Beruf-Familie „leisten“ können. Der Preis ist hoch: Ende Jahr haben Frauen in der Schweiz insgesamt mehrere Hundert Milliarden Franken weniger auf ihrem Bankkonto als die Männer und verfügen so über weniger Macht.

**Für ein neues soziales Sicherungssystem** Wir müssen die grundlegenden Fragen von Macht, Ressourcen und Verteilung zum politischen Thema machen. Wir müssen den Wert der Arbeit neu definieren, damit die Care-Arbeit, und nicht nur diese, in Abgrenzung zur kapitalistischen Lohnarbeit, den ihr zustehenden ökonomischen Raum einnehmen kann. Zugleich muss die von Geschlechtshierarchien geprägte Tiefenstruktur der Gesellschaft aufgebrochen werden.

Die ökonomische Ungerechtigkeit auf dem Buckel der Frauen zeigt, dass wir ein neues soziales Sicherungssystem brauchen, das uns erlaubt, existenzsichernd Teilzeit oder unbezahlt zu arbeiten, und uns eine Rente für einen Lebensabend in Würde zugesteht. Die Dekarbonisierung, der Klimawandel und die Digitalisierung werden die Situation, unabhängig vom Geschlecht, verschärfen. Es geht um die soziale Gerechtigkeit. Darum sollten wir uns kümmern.

Dayana Mordasini



Dayana Mordasini und Mascha Madörin im Gespräch am letzten AL-Neuahrspéro.